



Regionalgruppe NWA-Aargau

Bundesamt für Energie
Omar el Mohib
3003 Bern

Wölflinswil, 29. November 2010

Anhörungsantwort Sachplan geologische Tiefenlager, Etappe 1

Sehr geehrte Frau Bundesrätin Leuthard
Sehr geehrte Damen und Herren

Gerne wirken wir bei der Anhörung zum Sachplan betreffend geologische Tiefenlager mit. Da vom Atommüll und seinen langfristigen Auswirkungen viele Generationen betroffen sind, ist ein besonders verantwortungsvoller Umgang mit diesem Thema sehr wichtig.

Mit freundlichen Grüßen

Ursula Nakamura-Stoecklin
Geschäftsführerin

Lotty Fehlmann Stark
Präsidentin

Kopie z.K. an: Regierungsrat Aargau, Regierungsgebäude, 5000 Aarau

Regionalgruppe NWA Aargau

Geschäftsstelle Ringmatt 115 5063 Wölflinswil

Tel. 062 877 16 64 Mail: nwa-aargau@gmx.ch www.nwa-aargau.ch www.nwa-ag.ch

PC Konto 60-750422-3 Regionalgruppe NWA Aargau 5063 Wölflinswil

Stellungnahme NWA Aargau zur Etappe 1 des Sachplanverfahrens geologische Tiefenlagerung

Grundsätzliches

Situation im Kanton Aargau

Der Kanton Aargau trägt mit den Atomkraftwerken in Beznau, Leibstadt und dem benachbarten Gösgen/SO sowie dem Zwischenlager in Würenlingen bereits heute eine immense und unverantwortliche Akkumulierung von Gefahren der Atomindustrie. Von den schweizweit zur Diskussion stehenden sechs potentiellen Standorten für Tiefenlager fallen drei davon ganz oder mindestens teilweise auf Aargauer Boden. Wir hegen den Verdacht, dass die Standortsuche politisch motiviert war und man gezielt Regionen auswählte, an denen man am wenigsten Widerstand erwartet. Dass diese Erwartung falsch ist, zeigt der Widerstand an allen Orten, der sich in der Zwischenzeit formiert hat. Im Weiteren empfindet die deutsche Nachbarschaft die Endlagerpläne in unmittelbarer Grenznähe als Affront und hat schon mehrmals tatkräftigen Widerstand angekündigt.

Suche nach Standort ist verfrüht

Die Suche nach einem Lagerstandort ist verfrüht. Denn für den Suchprozess fehlen ein sicheres Lagerkonzept, glaubwürdige Antworten auf noch ungelöste technische Probleme und die richtigen Rahmenbedingungen in Bezug auf Finanzierung und Forschung.

Der Sachplanprozess ist eine Alibiübung

Wir erachten den Sachplanprozess als Alibi-Übung an, solange die wirklichen Fragen der Atommüllentsorgung nicht diskutiert werden und das Ergebnis nicht von Beginn an feststeht. So wurden z.B. nie Alternativen zu einem Tiefenlager ernsthaft geprüft. Wir wehren uns gegen diesen Prozess, welcher wohl auch zum Ziel hat die atomkritischen Stimmen im Hinblick auf die kommenden Abstimmungen über neue Atomkraftwerke zum Verstummen zu bringen.

Der Ergebnisbericht ist keine ausreichende Grundlage für die Anhörung

Zur Anhörung wurde einen Ergebnisbericht vorgelegt. Eine wirkliche Auseinandersetzung über die Atommülllagerung ist aufgrund dieses unvollständigen und verharmlosenden Berichts jedoch nicht möglich. Insbesondere fehlt eine seriöse externe und unabhängige Überprüfung der Ergebnisse.

Spezifische Einwände zu den vorgeschlagenen Standorten im Kanton Aargau

Zum Standort „Bözberg“

Der Standort Bözberg liegt grösstenteils im Perimeter des geplanten Naturparks „Jurapark“. Dieser ist ein Beispiel intakter Natur, verbunden mit einer hohen Wertschöpfung. Das Bundesamt für Umwelt hat den „Jurapark“ nach mehrjähriger Vorbereitung als Kandidaten für das Label „Regionaler Naturpark von nationaler Bedeutung“ erklärt und damit ein klares Zeichen gesetzt. Der Mehrwert für die Region und unseren Kanton soll weiter generiert werden, was mit dem Aufbau und der Begleitung von weiteren umweltverträglichen Projekten verbunden ist. Mit einem Atommüll-Lager ist das nicht vereinbar. In einem Naturpark wird die Qualität von Natur und Landschaft erhalten und gepflegt, eine nachhaltig betriebene Wirtschaft gestärkt und nicht Atommüll gelagert.

Zum Standort „Nördlich Lägern“

Die schützenswerten Landschaften im Studenland „Nördlich Lägern“ und im angrenzenden Zürcher Unterland, im Vernetzungskorridor vom Naturschutzgebiet Katzensee zum Neeracher Ried, sowie das Gebiet unserer deutschen Nachbarn, am Übergang zum Schwarzwald, dürfen nicht beeinträchtigt werden.

Weitere massive Immissionen der betroffenen Region „Nördlich Lägern“ durch den Flughafen Zürich Kloten, den Flugschneisen durchs Surbtal-Wehntal, dem geplanten gekröpften Nordanflug als auch grosse Kiesgruben (Rafzerfeld) mit all ihren Belastungen, sind bei einer Standortwahl zu berücksichtigen. Die Auswirkungen auf die Thermalquellen in Bad Zurzach sind genauestens zu prüfen.

NWA-Aargau fordert deshalb:

1. Das Lagerkonzept muss überprüft werden und technische Unsicherheiten gehören geklärt, bevor mit einem partizipativen Verfahren die Standortsuche vorangetrieben wird. Das Konzept soll Lösungen für den Umgang mit den langen Zeiträumen aufzeigen. Es darf sich nicht damit zufrieden geben, eine technische Lösung zu präsentieren, welche den Abfall für immer

wegschliesst und danach dem Prinzip Hoffnung huldigt. Künftigen Generationen muss die Kontrolle über den Atommüll und der Handlungsspielraum gewährleistet werden. Das Lager muss stets kontrollierbar, der Müll rückholbar sein.

>> Der vom Bundesrat akzeptierte Entsorgungsnachweis ist aufzuheben und das Lagerkonzept ist zu überarbeiten.

2. Heute wird nach einem Standort gesucht, obwohl unzählige technische und gesellschaftliche Probleme ungelöst sind. Solange diese Probleme nicht gelöst sind, ist ein Lager unsicher. Egal an welchem Standort. Die Standortsuche ist deshalb verfrüht.

>> Die Standortsuche ist aufzuschieben, solange technische und gesellschaftliche Fragen nicht gelöst sind.

3. Für eine allfällige Rückholung des Abfalls und für eine längere Überwachung des Lagers reichen die Mittel nicht aus, geschweige denn für den Fall eines unvorhergesehenen Ereignisses. Die Nagra ist zudem direkt von den AKW-Betreibern finanziert und kann somit keine unabhängige Forschung betreiben. Die finanziellen Rückstellungen für den Umgang mit dem Atommüll sind deshalb zu erhöhen und die Nagra muss aus ihrer Abhängigkeit von den AKW-Betreibern gelöst werden.

>> Die Art und Höhe der Finanzierung sind grundsätzlich zu überdenken, damit diese gesichert ist, unabhängig verwaltet und eingesetzt werden kann.

4. Zurzeit ist die Nagra die einzige Forschungsstelle, die Lösungen entwickelt. Es fehlt eine gleichwertige zweite Institution, die losgelöst von der Nagra und anderen Akteuren eigenständige Ideen, Projekte und Forschung zum Atommüll tätigen kann. Um den langen Zeiträumen gerecht zu werden, muss eine interdisziplinäre Lösung angestrebt werden, die nicht nur die technisch-geologischen Aspekte berücksichtigt.

>> Die Forschungsstrukturen und –ausrichtung müssen überprüft und unabhängig von der Atomwirtschaft werden.

5. Ängste zu beschwichtigen und nur zu informieren, so wie das heute im Sachplanverfahren gehandhabt wird, reicht nicht. Die Regionen müssen von einem Atommüllkonzept überzeugt sein, anstatt dass ihnen eine Lösung aufgezwungen wird. Dazu gehört ein ehrliches Mitwirkungsverfahren mit einer demokratischen Abstimmung auf regionaler Ebene. Das im Jahr 2005 in Kraft getretene Kernenergiegesetz hat den Regionen das Vetorecht entzogen.

>> Nachdem die technischen Fragen gelöst sind und ein umfassendes Lagerkonzept vorliegt, soll die Standortsuche demokratisch aufgegleist und das Kernenergiegesetz wenn nötig angepasst werden.

6. Wird der Prozess der Standortsuche weitergeführt, muss als nächster Schritt zwingend der gleiche Stand des Wissens über die Standorte für hochaktive Abfälle (HAA) erreicht werden. Es muss Gewissheit herrschen, und nicht nur aufgrund von Modellrechnungen vermutet werden, dass die vorgeschlagenen Standorte geologisch geeignet sind. Bis heute wurde nur das Züricher Weinland genau unter die Lupe genommen, respektiv eine 3D-Seismik und Bohrungen durchgeführt. Ungleicher Wissenstand zwischen den potentiellen Standortgebieten ist für einen Prozess, der die Betroffenen transparent und ehrlich informieren will und wobei die sicherheitstechnischen Anforderungen in den Vordergrund setzen müssen, keine gute Voraussetzung.

>> Im Bözberg und Nördlich Lägern sind 3D-Seismik und gezielte Bohrungen durchzuführen, damit die drei vorgeschlagene Standorte für HAA miteinander verglichen werden können.

7. Solange in der Schweiz Atomkraftwerke betrieben oder gar neu errichtet werden, ist unklar, wie viel radioaktiver Abfall insgesamt anfällt und gelagert werden muss. Eine Endlager-Planung ohne das Wissen um diesen wesentlichen Faktor wird immer mangelhaft bleiben.

>> Für die weitere Planung eines Endlagers braucht es zuerst ein verbindliches Ausstiegsszenario aus der Atomenergie.